

Weltgipfel verabschiedet Aktionsplan

Powell verteidigt begleitet von Protesten die Umweltpolitik der USA

JOHANNESBURG: Zum Abschluss des Weltgipfels von Johannesburg haben die rund 190 Teilnehmerstaaten einen Aktionsplan zum Umweltschutz und zur Bekämpfung der Armut gebilligt.

Für die Verabschiedung des rund 70 Seiten starken Plans mussten die Delegierten in Südafrika in zehntägigen Beratungen allerdings zahlreiche Kompromisse eingehen. So konnte sich die EU etwa in der Forderung nach konkreten Zielen beim Ausbau erneuerbarer Energien nicht durchsetzen. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sprachen von Rückschritten und einer verpassten Chance.

UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete die Konferenz dagegen am Mittwoch als Erfolg. «Nachhaltige Entwicklung ist wieder kraftvoll zurück auf der Tagesordnung», sagte er. Die Teilnehmer hätten erkannt, wie wichtig es sei, das empfindliche Gleichgewicht zwischen Entwicklung und Umwelt zu erhalten. Konferenzen wie der Gipfel von Johannesburg könnten keine Wunder vollbringen, doch hätten sich Regierungen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen auf «eine beeindruckende Bandbreite konkreter Verpflichtungen» geeinigt.

Am Vormittag verteidigte US-Aussenminister Colin Powell auf dem Gipfel unter heftigen Protestrufen die Um-



In Johannesburg ging gestern der UNO-Umweltgipfel für nachhaltige Entwicklung zu Ende, über dessen Erfolg sich die Geister jedoch scheiden.

weltpolitik der USA. Die Vereinigten Staaten seien zu Massnahmen zum Klimaschutz entschlossen und wollten sich mit konkreten Schritten für eine bessere Zukunft für die Armen in der Welt einsetzen, sagte Powell. Umweltschützer unterbrachen seine Ansprache immer wieder mit Zwischenrufen, einige zeigten Transparente mit Aufschriften wie «Von der Regierung betrogen». 13 Delegierte amerikanischer

und australischer Umweltschutzorganisationen wurden des Saales verwiesen.

Zuvor hatten bereits mehrere Umweltschutz- und Bürgerrechtsgruppen aus Protest den Gipfel verlassen. Sie warfen den Delegierten vor, ihre Ziele nicht erreicht und nur symbolische Übereinkunft bei Randaspekten erzielt zu haben. «Die Welt wird im Stich gelassen», sagte ein Sprecher der austra-

lischen Grünen. Auch der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bezeichnete den Gipfel als Enttäuschung. Anstatt eine historische Chance zu nutzen, hätten die Delegierten, die Umweltinteressen verraten, sagte die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt am Mittwoch in Berlin. Sie sprach von einem «Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung».

Bundeskanzler Gerhard Schröder und Umweltminister Jürgen Trittin bezeichneten die Kritik an der Johannesburg-Konferenz als nicht berechtigt. Trittin sagte, es sei gelungen, in bestimmten Bereichen neue Ziele zu vereinbaren. Er verwies dazu auf die Vereinbarungen, mit denen der Verringerung der Artenvielfalt und der Vernichtung der Fischbestände Einhalt geboten werden solle. Auch sei es gelungen, die Frage des Einsatzes erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern auf die Tagesordnung zu setzen. Daran solle ein internationaler Kongress in Bonn anknüpfen. Schröder räumte ein, dass in Johannesburg «bei einigen Themen nicht die Erfolge eingetreten sind, die wir uns erhofft hätten».

Die Europäische Union sprach sich unterdessen für ein «Jahrzehnt des Handelns» aus. Der Weltgipfel habe seine Mission erfüllt; nun sei es an der Zeit für eine Umsetzung der Ziele, sagte der dänische Ministerpräsident und derzeitige EU-Ratspräsident Anders Fogh Rasmussen.

Srebrenica-Bericht zurückgewiesen

DEN HAAG: Das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag hat den Bericht einer Regierungskommission der bosnischen Serben zum Mord an Tausenden Moslems nach Eroberung der UNO-Schutzzone Srebrenica zurückgewiesen. Es sei empörend, dass in dem Bericht die Angaben über die Zahl der Opfer als «übertrieben und tendenziös» bezeichnet würden, sagte Tribunalssprecher Jim Landale am Mittwoch. Die Behauptungen in dem Bericht ständen im krassen Widerspruch zu den Ermittlungen der Tribunal-Anklage über die Exekutionen durch serbische Streitkräfte im Juli 1995.

Montenegro: Neuwahlen verschoben

PODGORICA: Wegen eines Streits um das Wahlrecht werden die Neuwahlen in Montenegro um drei Wochen verschoben. Wie Parteivertreter am Mittwoch mitteilten, soll die Wahl statt am 6. Oktober jetzt erst am 21. Oktober stattfinden. Die Parteien hätten sich zunächst nicht über Wahlgesetze einigen können, die unter anderem die Anzahl der Mitglieder in der Wahlkommission regeln. Anfang der Woche erzielten sie unter US-Vermittlungen eine Übereinkunft; dem Parlament blieb jedoch nicht mehr genug Zeit, die neuen Gesetze bis zum 6. Oktober zu verabschieden. Präsident Milo Djukanovic hatte Ende Juli Neuwahlen angesetzt, nachdem das Parlament zuvor die Legislaturperiode vorzeitig beendete. Der frühere Ministerpräsident Filip Vujanovic war zuvor mit Versuchen gescheitert, wieder eine Mehrheit für eine Regierung zu finden.

Verwandte von Extremisten ausgewiesen

Scharon will Gespräche mit Palästinensern wieder aufnehmen

JERUSALEM: Erstmals hat Israel am Mittwoch zwei Verwandte eines palästinensischen Extremisten aus dem Westjordanland ausgewiesen. Die Geschwister Intissar und Kifah Adschuri nahmen von ihren Familien Abschied, bevor sie von einem Militärkonvoi in den Gazastreifen gebracht wurden.

Der Oberste Gerichtshof in Israel hatte am Dienstag gegen den Protest von Menschenrechtsorganisationen die Ausweisung von Verwandten palästinensischer Attentäter gebilligt.

Den beiden Geschwistern wurden nach eigenen Angaben vor der Fahrt die Augen verbunden. In zwei Panzerfahrzeugen wurden sie dann in den Gazastreifen gebracht und in einer Obstplantage ausgesetzt, wo in der

vergangenen Woche vier palästinensische Zivilisten von Soldaten erschossen wurden.

Zum «Einleben» gaben ihnen die israelischen Behörden je 1000 Schekel (rund 220 Euro) mit in das zweijährige Exil. Die Adschuris sollen gewusst haben, dass ihr Bruder Ali, ein Mitglied der Al-Aksa-Martyrer-Brigaden, Selbstmordanschläge organisierte. Intissar Adschuri soll Sprengstoffgürtel für die Attentäter genäht haben. Der palästinensische Informationsminister Jassir Abed Rabbo kündigte an, eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats über die Ausweisungen zu beantragen.

Der palästinensische Präsident Jassir Arafat bezeichnete die Ausweisungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

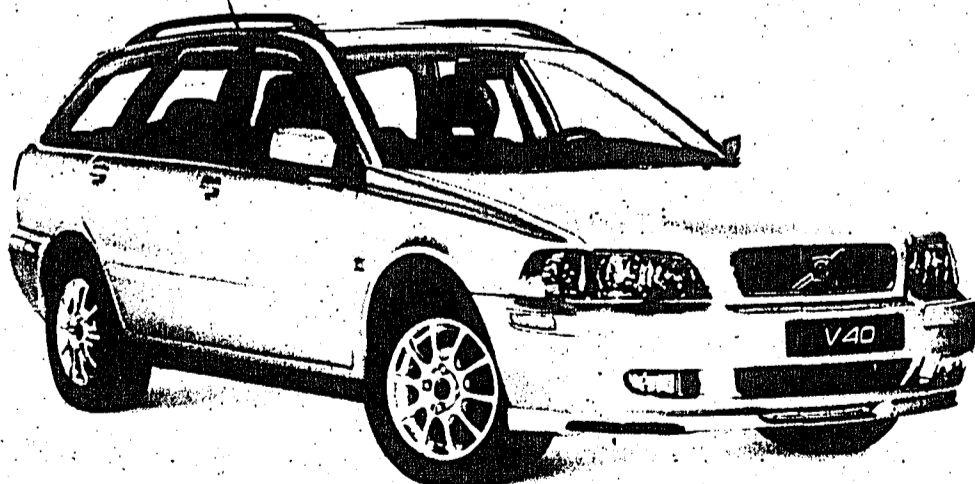


Die Geschwister Intissar und Kifah Adschuri mussten gestern Israel verlassen.

Schröder fordert Klarstellung

BERLIN: Bundeskanzler Gerhard Schröder hat von seinem Herausforderer Edmund Stoiber eine klare Stellungnahme zur jüngsten Kohl-Attacke gefordert. Schröder nannte es am Mittwoch in Berlin «unerhört», dass Altkanzler Helmut Kohl Parlamentspräsident Wolfgang Thierse angegriffen habe. Es sei ein «Dokument der Geschichts- und Verantwortungslosigkeit», wenn ein Demokrat wie Thierse in eine Linie mit Hermann Göring, einem der Totengräber der Weimarer Demokratie, gestellt werde. «Ich erwarte eine Entschuldigung sowohl von Helmut Kohl als auch eine Klarstellung der Union und ihres Kanzlerkandidaten», sagte Schröder.

CHF 333,- PRO MONAT



VOLVO
for life

SIEHT GUT AUS - AUCH IM MONATSBUDGET.

OPA
DIVERSE

PREISGEKRÖNTES, ZEITLOSES DESIGN, KRAFTVOLLE MOTOREN, EINE GROSSZÜGIGE KOMFORTAUSSTATTUNG, VIEL PLATZ UND DIE EINZIGARTIGEN VOLVO SICHERHEITSMERKMALE. WAS WOLLEN SIE MEHR? EINE ATTRAKTIVE FINANZIERUNG? BITTE SEHR:

ZUSÄTZLICHE VOLLKASKOVERSICHERUNG OBLIGATORISCH. EIN FINANZIERUNGSANGEBOT VON VOLVO CAR FINANCE. GÜLTIG BIS 31.12.2002.

VOLVO SWISS PREMIUM: GRATIS-SERVICE BIS 100.000 KM, GARANTIE BIS 3 JAHRE.

VOLVO V40 1.6, 80 KW (100 PS)

NETTOPREIS INKL. 7,6% MWST.	CHF 29.950,-
ANZAHLUNG	CHF 3.594,-
KAUTION	CHF 2.000,-
LAUFZEIT	48 MTE
KILOMETERLEISTUNG PRO JAHR	10.000 KM
MONATLICHE RATE	CHF 333,-
PRO TAG	CHF 11,-
EFFEKTIVER JAHRESZINS	3,9%

VADUZ
J. LAMPERT AG
Schaanerstrasse 17 · 00423 232 35 81

ALTSTÄTTEN
FLEUBEN-GARAGE AG
Oberrietstrasse 61 · 071 755 12 12